



Potsdam

Eine Stadt vernetzt Orte in ganz Europa

Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1 Politischer Verfechter für die kommunale Aufnahme

3.2 Antidiskriminierungs-Prozesse in der Ausländerbehörde

4. Interessenvertretung und Vernetzung

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

Wichtigste Erkenntnisse

1

Die Stadt steht deutschland- und europaweit an der Spitze der kommunalen Netzwerk- und Lobbyarbeit. Mit der Gründung des Bündnisses 'Städte sicherer Häfen' inspirierte Potsdam viele andere Städte, sich aktiver für Geflüchtete einzusetzen.

2

Potsdam engagiert sich für die Reform des deutschen Aufenthaltsgesetzes, das den Kommunen bei der Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen mehr Handlungsspielräume zugesteht.

3

Die Stadt reformiert die eigene Ausländerbehörde um Diskriminierungen vorzubeugen. Zusammen mit der Zivilgesellschaft entwickelte Potsdam einen Leitfaden, demzufolge immer ein Aufenthaltsrecht erteilt werden soll, sofern dies rechtlich möglich ist.

Was ist das Besondere an dieser Stadt?

Eintreten für die Rechte von Geflüchteten: In Sachen Migrationspolitik ist Potsdam eine der progressivsten Städte in Deutschland und Europa. Seit 2015 setzte sich die Stadt lautstark für die Rechte von Migrant:innen ein und verbesserte die Lebensbedingungen von Geflüchteten vor Ort – vom vereinfachten Familiennachzug bis hin zum erleichterten Zugang zu Inklusionskursen. Darüber hinaus bemüht sich die Stadt mehr Geflüchtete aufzunehmen, indem sie die lokale Ausländerbehörde mit Hilfe von Kirchen, der Lokalgruppe der Seebrücke und anderen antirassistischen zivilgesellschaftlichen Akteuren reformiert.

Was sind die Schlüsselfaktoren?

Ein proaktiver Bürgermeister: Seit dem Mauerfall ist die Landeshauptstadt Potsdam linksliberal geprägt. Das jüngste Engagement des Bürgermeisters Mike Schubert und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftli-

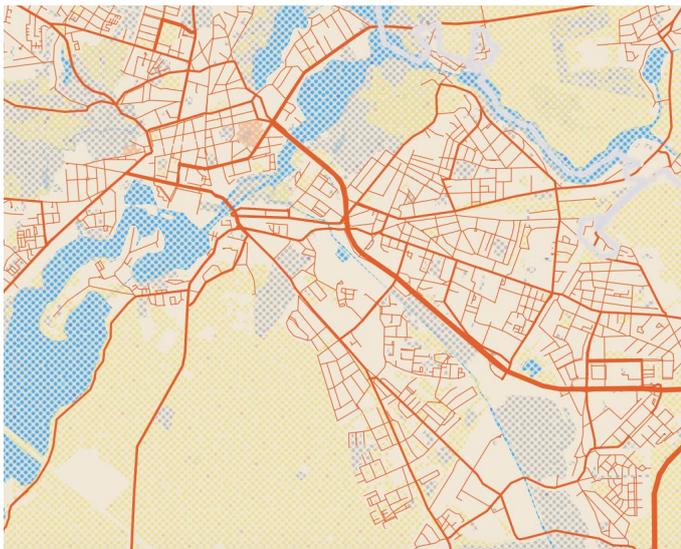
chen Initiativen sind zwei weitere wichtige Faktoren für die Vorreiterrolle der Stadt in Sachen Migration.

Was sind die größten Erfolge?

Das Bündnis 'Städte sicherer Häfen': Die 'Potsdamer Erklärung' und die anschließende Gründung des Bündnisses 'Städte sicherer Häfen' im Jahr 2019 lösten einen produktiven Dialog mit dem Bundesministerium des Innern aus. Im Juni 2021 organisierte die Stadt gemeinsam mit Palermo eine Bürgermeister:innenkonferenz und rief damit die erste europäische Allianz für 'sichere Häfen' ins Leben (International Alliance of Safe harbours (IASH)). In der Stadt selbst sticht die Reformierung der diskriminierenden Ausländerbehörde hervor.

Politische Aktivitäten und Advocacy über die Stadtgrenzen hinaus?

Potsdam setzt sich für eine Reform des Aufenthaltsgesetzes ein und leistet damit deutschlandweit Pionierarbeit. Die Kommunen sollen laut Potsdam eine größere Rolle bei der Aufnahme von Geflüchteten spielen. Die Stadt war einer der ersten Städte im Städtebündnis "International Alliance of Safe Harbours" (IASH), dem Kommunen aus ganz Europa angehören. Das Bündnis übte politischen Druck auf die Bundesregierung aus und nahm erfolgreich einen regelmäßigen Dialog mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) auf, das für die geplante Reform zuständig wäre. Die 'Potsdamer Erklärung' ist das zentrale Dokument der Städtebewegung, die sich für die kommunale Aufnahme von Geflüchteten engagiert.



Bevölkerung

ca. 180,330

Lage

Hauptstadt des ostdeutschen Bundeslandes Brandenburg.

Bürgermeister

Mike Schubert (SPD)

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

Seit Anfang der 2000er Jahre geht Potsdam proaktiv gegen den wachsenden rechtspopulistischen und rechtsextremen Einfluss in Ostdeutschland vor. Im Laufe der Jahre hat die Stadt mehrere Programme zur Förderung von Toleranz und zur Schaffung von Zukunftsperspektiven für junge Menschen eingeführt. So wurde Potsdam nach 2015 zu einem der profiliertesten kommunalen Akteure, die sich für die Rechte von Migrant:innen einsetzen. Potsdam verbesserte die Lebensbedingungen für Geflüchtete in mehreren Bereichen - angefangen bei der vereinfachten Familienzusammenführung bis hin zum erleichterten Zugang zu Integrationskursen.

Frühzeitiger Widerstand gegen rechte und rechtsextreme Einflüsse

Auch wenn Potsdam im Gegensatz zu anderen Regionen Brandenburgs nie als „national befreite Zone“¹ galt, war rassistische Gewalt auch hier ein Problem, unter dem vor allem Menschen mit Migrationshintergrund zu leiden hatten. Deshalb gründete die Stadt bereits im Jahr 2000 das Bündnis 'Potsdam! bekennt Farbe', das sich bis heute auf lokaler Ebene aktiv für eine progressive Politik in Bezug auf Geflüchtete einsetzt. Das Aktionsbündnis ist auch Informations-Pool. Es ist ein Bündnis von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen, Unternehmen, Parteien und Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Anlass zur Gründung waren rechtsextreme Gewalttaten gegen Geflüchtete. Damals setzte dann zum Beispiel der Stadtsporthaus ein Zeichen gegen Menschenverachtung, Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Und die Stadt startete einen lokalen Aktionsplan für die „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Eine von Bund und EU geförderte „Werkstatt für Fortbildung, Praxisberatung und Forschung im sozialen Bereich“ entwickelte Maßnahmen, um dem Einstieg deutscher Jugendlicher in die Neonazi-Szene vorzubeugen. Parallel dazu organisierte sie Zusammenkünfte zwischen der lokalen Bevölkerung, Migrant:innen und Geflüchteten. 2006 trat Potsdam der 'Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus' (ECCAR) bei. Im Jahr 2008 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung das 'Neue Potsdamer Toleranzedikt', ein Bekenntnis zu „Offenheit und Toleranz der Potsdamer Bürgerschaft“. Diese - und viele andere - kommunale Aktivitäten dürften dazu beigetragen haben, dass rechtsextreme Gruppierungen in Potsdam auf Dauer nur schwer Fuß fassen konnten. Dies wiederum erleichterte sowohl die Integration von Geflüchteten in der Stadt als auch deren Alltag.

¹ Die „national befreite Zone“ gilt in Deutschland als eines der bedeutendsten rechtsextremen Strategiekonzepte der letzten Jahre. Sie kann als No-Go-Area für Menschen beschrieben werden, die mit rechtsextremen Ideen und Praktiken nicht konform gehen. Eine ‚befreite Zone‘ ist kein fest umrissener und geografisch definierter Ort, sondern beschreibt ein bestimmtes Milieu, in dem Rechtsextremisten so einflussreich geworden sind, dass sie das Alltagsleben der in diesen Räumen lebenden Menschen beeinflussen.

Familiennachzug wird möglich gemacht

Schon lange vor der Gründung des Netzwerks 'Städte sicherer Häfen' hat die Stadt versucht, den Familiennachzug auf lokaler Ebene zu erleichtern. Grund dafür ist sicherlich auch das ehrenamtliche Engagement etlicher Potsdamer:innen in griechischen Flüchtlingslagern seit 2015. Dort lernten sie Geflüchtete kennen, deren Familien bereits in Deutschland waren, die sie nachholen wollten. Die Potsdamer Bürger:innen

wandten sich an den Stadtrat, der den Bürgermeister beauftragte, dafür zu sorgen, dass die zuständigen nationalen und internationalen Stellen solch eine Zusammenführung erleichtern.² 2017 wurde der Bürgermeister von der Stadt beauftragt, mit der Landesregierung und anderen Kommunen Gespräche über die Aufnahme von Jesid:innen zu führen.

Zuvor hatte der Brandenburger Landtag im Dezember 2016 beschlossen, eine begrenzte Zahl traumatisierter jesidischer Frauen aus dem Nordirak auch außerhalb des regulären Asylverfahrens aufzunehmen. Damit sollten traumatisierte Opfer des Völkermords durch den IS an einen sicheren Ort gebracht werden.

Zugang zu Integrationskursen wird erleichtert

Die Stadt Potsdam hat sich in ihrem Integrationskonzept 2016 dazu verpflichtet, ein „breites und dauerhaftes Angebot an Sprach- und Integrationskursen“ in der Stadt zu schaffen, das dem Bedarf gerecht wird und allen Menschen Zugang zu Deutschkursen der Sprachniveaus A1 bis B2 ermöglicht.

Dies geschah vor dem Hintergrund, dass viele Geflüchtete Jahre des Spracherwerbs verloren, weil nur Geflüchteten mit einer sogenannten „guten Bleibeperspektive“ der Zugang zu sogenannten Integrationskursen ermöglicht wurde. Dies ist der Fall, wenn im Vorjahr mehr als 50 Prozent aller Asylanträge aus dem jeweiligen Herkunftsland positiv beschieden worden sind. Dazu gehören Eritrea, Irak, Iran, Syrien und Somalia. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Menschen aus allen anderen Ländern erst dann einen solchen Kurs besuchen können, wenn ihr Asylantrag positiv beschieden worden ist. Das neue Integrationskonzept von Potsdam will diese restriktive Politik ändern.

Wohnungsnot soll bewältigt werden

Immer wieder wurde auf die konkrete Lebenssituation von Geflüchteten in der Stadt hingewiesen. Die Situation ist zwar besser als in vielen anderen Regionen Ostdeutschlands, dennoch müssen auch hier Asylsuchende – zum Teil sehr lange – in Massenunterkünften leben. Eigentlich hatte sich die Stadt seit geraumer Zeit dazu verpflichtet, die Unterbringung in Wohnheimen nur als „Übergangslösung“ zu nutzen, mit dem Ziel „die Auswirkungen von Zugangshürden auf dem Wohnungsmarkt in Hinblick auf die Existenzsicherung vorübergehend abzumildern“. Doch wie schnell dies tatsächlich geschah, ist unklar. Angesichts der akuten Infektionsgefahr während der Pandemie, sprach sich die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung dafür aus, „Gemeinschaftsunterkünfte schnell und vorrangig aufzulösen“. Im August 2020 legte die Stadtverwaltung ein Konzept vor, in dem vorgesehen ist, neuen Wohnplatz für Geflüchtete zu schaffen: elf Prozent durch Neubau und 24 Prozent durch die Anmietung neuer Wohnungen. Zwei Drittel der Plätze sollen geschaffen werden, indem bestehende Gemeinschaftsunterkünfte in Einzelwohnungen umgewandelt werden.

² Nach einem Beschluss des Bundestages im Juni 2013 haben fast alle Bundesländer staatliche Aufnahmeprogramme für syrische Bürgerkriegsgeflüchtete aufgelegt. Demnach können bereits in Deutschland anerkannte Geflüchtete Verwandte ersten und zweiten Grades nachholen, indem sie selbst nach privaten Pat:innen suchen. Diese privaten Pat:innen müssen sich gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde verpflichten, die Reise- und Lebenshaltungskosten der nachziehenden Angehörigen zu übernehmen. Das Programm lief 2016 zunächst aus. Im Jahr 2015 beantragte Brandenburg beim Bundesinnenministerium eine Verlängerung des Programms um drei Jahre.

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1 Politischer Verfechter für die kommunale Aufnahme

Potsdam setzt sich prominent für eine Reform des Aufenthaltsgesetzes ein, die es den Kommunen ermöglichen würde, eine größere Rolle bei der Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen zu spielen. Die Stadt gründete das Bündnis 'Städte sicherer Häfen', das nicht nur politischen Druck auf die Bundesregierung ausübte, sondern auch erfolgreich einen kontinuierlichen und vielversprechenden Dialog mit dem für die Reform zuständigen Bundesinnenministerium (BMI) etablierte.

Seit 2018 ist eine der zentralen Forderungen der Seebrücke³-Bewegung, dass Bundesländer und Kommunen das Recht bekommen, eigenständig über die Aufnahme von Geflüchteten zu entscheiden. Bislang ist das in Deutschland rechtlich nicht möglich. Jede Aufnahme muss von der Bundesregierung genehmigt werden.

Als die Stadt Potsdam die Entscheidung traf, ein 'sicherer Hafen' zu werden, beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, sich für eine Änderung der o.g. Regelung einzusetzen. Möglicherweise hat Potsdam damit entscheidend zu einer entsprechenden Änderung des deutschen Aufenthaltsrechts beigetragen.

Das Bündnis 'Städte sicherer Häfen'

2019 übernahm Potsdam mit der Gründung des Bündnisses 'Städte sicherer Häfen' eine nationale Vorreiterrolle. Im November 2019 wurde Oberbürgermeister Mike Schubert vom Innenausschuss des Bundestages als Sachverständiger zum Thema Geflüchtete eingeladen. Und wie der Stadtrat es ihm elf Monate zuvor aufgetragen hatte, übermittelte er den Wunsch der Kommunen nach einem eigenständigen Recht zur Aufnahme von Geflüchteten.

Schubert wies darauf hin, dass insgesamt mehr als 23 Millionen Menschen - über 28 Prozent der deutschen Bevölkerung - in den 'Städten sicherer Häfen' leben. Die Forderung, zuerst Menschenleben zu retten - und erst danach in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu entscheiden, ob es ein Recht auf Asyl gibt - sei sowohl von konservativ als auch von links regierten Kommunen im Netzwerk erhoben worden, so Schubert.

Reform des Aufenthaltsgesetzes

Er regte eine Reform des Aufenthaltsgesetzes an, die den Kommunen diese Kompetenz einräumt. Außerdem sollte ein Verteilungsschlüssel für Schutzsuchende, die aus Seenot gerettet wurden, eingerichtet werden.

³ <https://seebruecke.org/>

Die Bundesregierung zeigte sich jedoch zurückhaltend. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Kommunen forderten wiederholt eine Reform des deutschen Aufenthaltsgesetzes. Das Land Berlin versuchte, die Abschaffung des Zustimmungserfordernisses auf dem Klageweg zu erstreiten.

Potsdam wählte einen anderen Weg: Es initiierte einen umfassenden Dialogprozess zwischen den Mitgliedskommunen des Netzes 'Städte sicherer Häfen' und dem Bundesministerium des Innern (BMI).

Im Dialog mit dem Bundesministerium des Innern (BMI)

Bereits beim ersten Arbeitstreffen des von Potsdam gegründeten Netzwerks waren Vertreter:innen des BMI anwesend. Potsdam gab zwischenzeitlich die Netzwerkkoordination an Heidelberg ab, blieb aber weiterhin aktiv. Die 77 Kommunen wählten Landeskoordinator:innen und bildeten eine Arbeitsgruppe, an der sich auch Vertreter:innen des BMI beteiligten. Die Arbeitsgruppe formulierte einen konkreten Reformvorschlag für eine Änderung des § 23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes, damit die Kommunen leichter über die Flüchtlingsunterbringung entscheiden können.

Dies erfolgte in enger Abstimmung mit dem BMI, das bislang kommunale oder staatliche Zulassungen immer blockiert hatte. Aber hier sei der Kontakt „auf der Arbeitsebene gut“, sagt Ursula Löbel, Koordinatorin des Netzwerks 'Städte sicherer Häfen' in Potsdam. „Resolutionen bringen uns nicht weiter, wir müssen unser Geld sinnvoll einsetzen, - wir brauchen Gesetzesänderungen“, sagt sie. Das BMI nahm auch an der zweiten Netzwerk-Sitzung im November 2020 teil. Das Signal, das sie Bundesregierung laut Löbel erhalten hat, war: „Das Netzwerk 'Städte sicherer Häfen' ist solide, wir als Kommunen sind bereit. Sie brauchen sich keine Sorgen mehr zu machen, schicken Sie ein Flugzeug nach Griechenland, wir kümmern uns um den Rest“. Im Austausch zwischen dem Netzwerk und dem BMI habe sich in dieser Hinsicht eine „gewisse Regelmäßigkeit“ entwickelt.

Löbel sieht diese Art der Lobbyarbeit als Ergänzung zur Klage Berlins gegen das BMI oder zu den vielen offenen Briefen, die andere Kommunen geschrieben haben. „Das eine schließt das andere nicht aus“, sagt sie. Dennoch verspricht sie sich mehr von diesen Gesprächen auf Arbeitsebene. Und tatsächlich sprachen am 23. Oktober 2020 rund 20 Bürgermeister:innen per Videokonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel und bekräftigten ihre Bereitschaft, Geflüchtete aus dem abgebrannten Lager Moria auf der Insel Lesbos aufzunehmen. „Selbst die Kanzlerin kommt um das Bündnis nicht mehr herum“, sagt die Koordinatorin des Netzwerks 'Städte Sicherer Häfen' Löbel in Potsdam. Obwohl Merkel bei dem Treffen von einer „europäischen Lösung“ gesprochen habe, müsse sie den Bürgermeister:innen zuhören. „Vor einem Jahr war das noch unvorstellbar.“ Löbel glaubt daher, dass der Gesetzesentwurf eine reelle Chance hat, letztlich von der Bundesregierung unterstützt zu werden.

3.2 Antidiskriminierungs-Prozesse in der Ausländerbehörde

Auf dem Weg zum Status als 'Sicherer Hafen' befasste sich Potsdam auch mit der Arbeit der eigenen Ausländerbehörde. Diese hatte sich bis dahin nicht besonders nach den Bedürfnissen von Migrant:innen ausgerichtet. Eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Vertreter:innen migrantischer Communities entwickelte inzwischen einen neuen Leitfaden: Darin werden die Sachbearbeiter:innen aufgefordert, ein Bleiberecht zu ermöglichen, wann immer dies rechtlich möglich ist.

Potsdam war 2014 eine von bundesweit zehn Städten, die ihre Ausländerbehörde in ein Service-Center „Willkommensbehörde“ umgewandelt haben. Dies war ein vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) organisiertes und vom Bund finanziertes Projekt. „Die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt und der respektvolle Umgang mit allen Potsdamerinnen und Potsdamern ist uns ein besonderes Anliegen“, sagte Oberbürgermeister Mike Schubert seinerzeit. „Die Ausländerbehörde soll ein fester Bestandteil der Willkommenskultur in der Landeshauptstadt Potsdam werden.“ Aktivist:innen forderten, dass die Behörde Ausländer:innen - einschließlich Geflüchtete - nicht länger diskriminieren und als Bittsteller:innen behandeln sollte.

Nicht alle sind von dem Erfolg überzeugt. Die Potsdamer Ausländerbehörde falle zwar nicht negativ auf, sei aber „weit davon entfernt, eine Willkommensbehörde zu sein“, sagt ein Aktivist einer lokalen Antirassismusgruppe. Es handele sich um eine „ganz normale schlechte Ausländerbehörde, wie im Land Brandenburg üblich.“ Menschen mussten zum Teil sehr lange Wartezeiten in Kauf nehmen und auch bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen zeigte sich die Behörde wenig kooperativ. Geflüchtete kritisierten im Laufe der Jahre immer wieder die Atmosphäre in der Behörde, fanden allerdings kein Gehör. „Es war eine Frage von Einstellung und Kommunikation“, sagt Pfarrer Bernhard Fricke, zuständig für die Arbeit mit geflüchteten Menschen im Kirchenkreis Potsdam „wer bekommt eine Chance auf Integration, wer darf aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen?“

Reform der Ausländerbehörde

Mit Potsdams Status als 'sicherer Hafen' kam auch Bewegung in die Diskussion um die Ausländerbehörde der Stadt. „Der Sichere Hafen ist ein großartiges Projekt des Bürgermeisters, aber es kann nicht sein, dass die Ausländerbehörde all diese Bemühungen konterkariert“, sagt Fricke. Der 'Solidarity City'- Beschluss vom Dezember 2018 richtet sich explizit an die Ausländerbehörde. Darin heißt es, der Oberbürgermeister solle „die Potsdamer Ausländerbehörde beauftragen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dauerhafte legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven für Flüchtlinge in Potsdam zu schaffen.“

Auf dieser Grundlage stieß Potsdam einen Prozess zur Reform der Behörde an. Beteiligt sind unter anderem Kirchen und Zivilgesellschaft, die Diakonie und der Migrationsbeirat.

4 Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen - Vorbereitung auf die Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses, "alle Möglichkeiten zur Schaffung eines dauerhaften legalen Aufenthalts für Flüchtlinge in Potsdam zu prüfen". Bündnis "Potsdam bekennt Farbe!" Processing: AG foreigners authority, 24.11.2019

Mit Hilfe von externen Jurist:innen entwickelte Potsdam 'Ermessenrichtlinien'. Diese Richtlinien weisen die Mitarbeiter:innen der Behörde an, ein Aufenthaltsrecht zu gewähren, wenn dies rechtlich irgendwie möglich ist. Auch beim Thema Familiennachzug soll die Behörde ihren Ermessensspielraum zugunsten der Antragsteller:innen nutzen. Außerdem wurde ein neues Leitbild für die Behörde erstellt.

Seit Mai 2019 tagt diese vom Oberbürgermeister einberufene Arbeitsgruppe, die auch zu 'Potsdam! bekennt Farbe' gehört. Die Behördenleitung ist ebenfalls Mitglied der Arbeitsgruppe.

In dem Zwischenbericht vom November 2019⁴ kritisiert die Arbeitsgruppe die „sehr restriktive Entscheidungspraxis“. Diese „resultiert offensichtlich aus einer Regelungslücke zwischen kommunalen und staatlichen Richtlinien.“ „Ablehnung und Abwehr“ in der Praxis schaffen ein „negatives Klima zwischen Antragsteller:innen und Sachbearbeiter:innen“, heißt es in dem Bericht.

Ein neuer Leitsatz für die Verwaltung

Die Arbeitsgruppe entwickelte einen Katalog von Handlungsempfehlungen. Ein neuer Leitsatz legte fest, dass die „Schaffung von dauerhaften legalen Aufenthalts- und Integrationsperspektiven“ zum „Maßstab für die Evaluierung“ werden soll. Es soll eine „proaktive Beratung“ zur Sicherung der Aufenthaltsperspektive und zur Förderung der Inklusion geben, d.h. die Behörden müssen die Betroffenen auf Umstände hinweisen, die ihnen möglicherweise nicht bekannt sind, ihnen aber helfen könnten. Bei Telefon- und Videogesprächen sollen Dolmetscher:innen zur Verfügung gestellt werden. Das Personal soll geschult werden, um „für rassistisches und sozialchauvinistisches Verhalten sensibilisiert zu werden und dieses zu verhindern“. Anträge auf Arbeitserlaubnis sollen „prioritär behandelt und zeitnah entschieden werden, damit Arbeitgeber:innen mit einer schnellen Entscheidung rechnen können und Migrant:innen tatsächlich eine Arbeit aufnehmen können.“ Zu diesem Zweck soll innerhalb von zwei bis drei Wochen nach Antragstellung ein Termin vereinbart werden, bei dem die Arbeitserlaubnis entweder erteilt oder eine begründete Ablehnung ausgesprochen wird. Bislang haben die Behörden solche Entscheidungen oft so lange hinausgezögert, bis die Stelle anderweitig besetzt war.

Die Vorschläge sind in 13 Maßnahmenpakete unterteilt und befinden sich noch in der ersten Umsetzungsphase. Unter anderem wurde bereits die Bereitstellung von Dolmetscher:innen bei Telefon- oder Videogesprächen eingeführt. Im August 2020 erstellte die Ausländerbehörde eine Übersicht über deren Umsetzung. Im Dezember 2020 bezog das Bündnis 'Potsdam bekennt Farbe' Stellung und forderte einen verbindlichen Zeitplan für den internen Umsetzungsprozess bei der Ausländerbehörde.

Interessenvertretung und Vernetzung

Seit 2018 engagiert sich Potsdam für die Reform des deutschen Aufen-

thaltsgesetzes, zur Verbesserung der Aufnahmepolitik zugunsten von aus Seenot geretteten Menschen. Gemeinsam mit anderen Städten hat Potsdam zahlreiche Initiativen wie die 'Potsdamer Erklärung' oder das Bündnis 'Städte sicherer Häfen' ins Leben gerufen. Im Jahr 2021 war sie Mitveranstalterin der transnationalen Konferenz 'From the Sea to the City' (Vom Meer in die Stadt).

Bei der Flucht über das Mittelmeer sind in der letzten Juliwoche 2019 ca. 100 Menschen ertrunken, viele mehr mussten auf Rettungsschiffe ausharren, weil Italien ihnen die Einfahrt in einen Hafen verwehrte. In vielen europäischen Städten wurden Bündnisse gegründet, die politischen Druck auf die europäischen Regierungen ausübten, damit sie die Geretteten verteilen. In Deutschland unternahmen die Städte Bonn, Köln und Düsseldorf den ersten Schritt. In einem Brief an die Bundeskanzlerin boten die drei Oberbürgermeister:innen an, Geflüchtete in Not aufzunehmen. Es war der erste Brief dieser Art.⁵

Zwei Tage später folgte Potsdam, Bonns Partnerstadt, diesem Beispiel und Potsdam schloss sich der Initiative an. „Der Brief an die Bundeskanzlerin, in dem die Bürgermeister auf die schreckliche Situation im und um das Mittelmeer aufmerksam machen, ist eine sehr gute Initiative“, sagte Jann Jakobs (Oberbürgermeister von Potsdam 2002-2018).⁶

Nach weiteren vier Monaten, im Dezember 2018, erklärte die Stadtverordnetenversammlung Potsdam zum „Sicheren Hafen“.⁷ Mit diesem Beschluss wurde der neue Oberbürgermeister Mike Schubert, der in der Zwischenzeit sein Amt angetreten hatte, mit einer Vielzahl von bundesweiten Lobbymaßnahmen beauftragt, unter anderem sich „im Rahmen des Deutschen Städtetages für die Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erleichterung der Aufnahme von Geflüchteten durch Bund und Länder einzusetzen.“

Außerdem wurde Schubert aufgefordert, sich öffentlich mit den Seenetretter:innen zu solidarisieren und die Patenschaft für eine Seenetretungsmission zu übernehmen.⁸

⁵ <https://www.tagesspiegel.de/politik/bonn-duesseldorf-und-koln-wollen-gerettete-fluchtlinge-aufnehmen-8428726.html>

⁶ <https://www.potsdam.de/475-potsdam-unterstuetzt-forderungen-von-bonn-koeln-und-duesseldorf>

⁷ <https://www.potsdam.de/de/sicherer-hafen-potsdam#:~:text=Die%20Landeshauptstadt%20Potsdam%20hat%20sich,Brief%20an%20Bundesinnenminister%20Horst%20Seehofer.>

⁸ ebd.

⁹ <https://www.potsdam.de/potsdamer-erklaerung-der-staedte-sicherer-haefen>

¹⁰ https://kommunalwiki.boell.de/index.php/St%C3%A4dteb%C3%BCndnis_Sicherer_H%C3%A4fen

¹¹ <https://www.potsdam.de/387-kommunen-gruenden-buendnis-staedte-sicherer-haefen>

Die 'Potsdamer Erklärung'

In den folgenden Monaten schloss sich Potsdam mit sieben weiteren deutschen Kommunen zusammen und am 3. Juni 2019, kurz vor der 40. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund, veröffentlichten sie die 'Potsdamer Erklärung der Städte sicherer Häfen'.⁹

Darin bekräftigten sie ihren Willen, Geflüchtete aufzunehmen, und äußerten die Hoffnung, dass sich andere Gemeinden anschließen würden. Mit Erfolg: Bis zum Städtetag schlossen sich mehr als 50 Kommunen der Initiative an.¹⁰

Bei dem kurz darauf stattfindenden Kongress 'Leinen los für kommunale Aufnahme' der Initiative Seebrücke am 14. Juni im Berliner Rathaus war die Stadt Potsdam eine der Mitveranstalterinnen. Auf diesem Kongress gründeten (zunächst) 12 Kommunen das Bündnis 'Städte sicherer Häfen'.¹¹

Zur Koordinierung des neuen Netzwerks schuf die Stadtverwaltung Potsdams eine Koordinierungsstelle (in Teilzeit), angesiedelt in der Abteilung „Partizipation und tolerantes Potsdam“. Dadurch konnte erstmals die von vielen Kommunen geäußerte Forderung, die Aufnahme von Geflüchteten auf Verwaltungsebene betreiben zu dürfen, gebündelt und kanalisiert werden.

‘Städte sicherer Häfen‘

Drei Monate später, im Oktober 2019, fand das erste Arbeitstreffen des Bündnisses ‘Städte sicherer Häfen’ statt. Dort wurde von der Bundesregierung gefordert, die Ad-hoc-Lösung zur Aufnahme von Geretteten aus dem Mittelmeer - das sogenannte ‘Malta-Protokoll’ - in eine dauerhafte Regelung zu überführen. Zu diesem Zweck soll die Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen im Rahmen des europäischen Verteilungsverfahrens auf kommunaler Ebene implementiert werden können. Dafür fordert das Bündnis „angemessene finanzielle und organisatorische Unterstützung“.

Im Februar 2020 machte das Netzwerk einen weiteren Vorstoß: Diesmal in Bezug auf Geflüchtete, die in Lagern auf den Inseln der Ägäis festsaßen. Bürgermeister Mike Schubert reiste mit einer Delegation von Vertreter:innen aus Politik, Kirche und Zivilgesellschaft nach Griechenland, um das Lager Moria auf Lesbos zu besuchen. „Offiziell sind 500 unbegleitete Kinder unter 14 Jahren in den griechischen Flüchtlingslagern registriert. Deutsche Städte haben 500 Unterkünfte für unbegleitete Kinder angeboten. Wir könnten sofort helfen“, sagte Schubert. Nach Schuberts Rückkehr bestätigte das Bündnis ‘Städte sicherer Häfen’ seine Bereitschaft, umgehend bis zu 500 unbegleitete Minderjährige aus den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln aufzunehmen.¹²

Die Bundesregierung erklärte kurz darauf, sie werde eine dreistellige Anzahl von Menschen aus Griechenland nach Deutschland einreisen lassen. Dennoch haben die Kommunen weiterhin keinen politischen Spielraum, um unabhängig über die Aufnahme Geflüchteter zu entscheiden.

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

¹² https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2020_03_06_gemeinsame_erklaerung_gefluechtete_sofortprogramm.pdf (Retrieved in 2021)

¹³ <https://www.potsdam.de/212-modellprojekt-spurwechsel-landeshauptstadt-und-sozialministerium-informieren-ueber-die-geplante>

Im Mai 2023 erklärt sich Potsdam als erste Stadt bereit, das Modellprojektvorhaben ‘Spurwechsel’ vom Brandenburger Integrationsministerium umzusetzen. Ziel des Modellprojektes ist es, in Potsdam lebenden langjährig geduldeten Geflüchteten, die auf absehbare Zeit nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können, eine Perspektive zu bieten und gleichzeitig den bestehenden Mangel an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen.¹³

- ◆ Entgegen des starken Drängens auf mehr Abschottung und Migrationsbegrenzung von konservativen Stadtregierungen, veröffentlichte die Koordinierungsstelle des Bündnisses 'Städte Sicherer Häfen' anlässlich des Bund-Länder-Flüchtlingsgipfels im Mai 2023 im Auftrag von Potsdams Oberbürgermeister Mike Schubert ein Positionspapier, in dem das Bündnis erneut bekräftigt, dass die Mitgliedskommunen zu ihrer solidarischen Haltung stehen und sie trotz der erhöhten Anzahl von Geflüchteten - besonders aufgrund des russischen Angriffskrieg auf die Ukraine - nach wie vor Kapazitäten und das Bestreben haben, Menschen aufzunehmen. Das Bündnis fordert dementsprechend mit Nachdruck mehr lösungsorientierte Kommunikation zwischen Bund, Ländern und Kommunen.¹⁴
- ◆ Am 22. April 2023 wurde ein Städtepartnerschaftsvertrag zwischen der Stadt Potsdam und der ukrainischen Stadt Ivano-Frankivsk unterzeichnet. Die Partnerschaft ist ein Zeichen der Solidarität und soll sowohl der Völkerverständigung, sowie dem konkreten Austausch dienen.¹⁵
- ◆ Nach der Städte-Vernetzung in Deutschland setzte sich Potsdam auch für die Gründung eines europäischen Städte-Netzwerkes ein. So richtete die Stadt im Juni 2021 in Zusammenarbeit mit der Bewegung Seebrücke und der Stadt Palermo die Konferenz "From the Sea to the City: a city conference for a welcoming Europe" aus, an der europäische Bürgermeister:innen, Stadtvertreter:innen und Akteur:innen der Zivilgesellschaft aus ganz Europa teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Erklärung unterzeichnet, die sich für humanitäre Korridore und sichere Fluchtwege ausspricht und das europäische Städte-Bündnis 'International Alliance of Safe Harbours' (IASH), sowie das zivilgesellschaftlich Netzwerk 'From the Sea to the City' (FSTC) gegründet.¹⁶ Beide Zusammenschlüsse sind nach wie vor aktiv und arbeiten auf europäischer Ebene eng zusammen.

¹⁴ https://www.potsdam.de/system/files/documents/positionspapier_buendnis_staedte_sicherer_haefen.pdf

¹⁵ <https://www.potsdam.de/169-staedtepartnerschaft-mit-ivano-frankivsk-offiziell-besiegelt>

¹⁶ <https://fromseacity.eu/about/>

Moving Cities bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städte aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: www.moving-cities.eu

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>
